

Verhandlungsschrift Nr. 27

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz am Donnerstag, 28. Februar 2002, im Sitzungssaal der Gemeinde.

Beginn: 19.30 Uhr

Anwesend sind folgende Mitglieder des Gemeinderates:

<u>ÖVP</u>	<u>SPÖ</u>	<u>FPÖ</u>
Ing. Josef Dopler	Erich Pilsner	Franz Gessl
Alfred Männer	Josef Scharinger	Manfred Starzinger
Alois Prehofer	Dr. Michaela Petz	Marianne Meixner
Franz Baumgartner	Norbert Leopoldsberger EM	Sieglinde Perfahl
Josef Feischl EM	Anna Binder	
Albert Winkler	Herbert Hermüller	
Werner Hellmayr	Sabine Rathmayr	
Ernestine Finzinger		
Franz Winkler		
Johann Neuwirth		
Sieglinde Eisenhuber EM		
Mag. Gudrun Achleitner-Kastner		
Ing. Gerhard Angster		
Hermann Neubacher EM		

Entschuldigt ferngeblieben:

Hubert Greinöcker, ÖVP und Peter Lichtenwinkler, ÖVP

Von der Anwesenheitspflicht befreit: Josef Hummer, ÖVP; August Huemer, SPÖ

Nach § 66 (2) der Oö. Gemeindeordnung 1990 ist der Amtsleiter Josef Baumgartner anwesend. Er ist zugleich Schriftführer.

Bürgermeister Ing. Josef Dopler begrüßt die erschienenen Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen und kundgemacht wurde, die Verständigung hiezu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist und dass der Gemeinderat beschlussfähig ist, da mehr als die Hälfte aller Mitglieder erschienen sind. Weiters verweist er darauf, dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung des Gemeinderates zur Einsicht aufliegt und dagegen noch bis zum Ende der Sitzung Einwendungen eingebracht werden können.

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt der Herr Bürgermeister den Tagesordnungspunkt 9. von der Tagesordnung ab.

Sodann wird folgende Tagesordnung abgewickelt:

1. Übereinkommen Errichtung Schutzweg Volksschule

Der Herr Bürgermeister berichtet, dass im Zuge der Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit vor der Volksschule der Schutzweg verlegt und ausreichend beleuchtet werden soll. Die Schutzwegbeleuchtung wird von der Landesstraßenverwaltung errichtet, die Gemeinde hat einen Kostenbeitrag von 50% dazu zu leisten, weiters hat die Gemeinde für den Betrieb und die Erhaltung aufzukommen.

Der Herr Bürgermeister bringt das Übereinkommen zwischen dem Amt der OÖ Landesregierung, Landesstraßenverwaltung, und der Gemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz über die Errichtung, Erhaltung und Instandsetzung der Schutzwegbeleuchtungsanlage an der Daxberg Landesstraße bei der Volksschule zur Kenntnis und beantragt, dieses zu beschließen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

2. Verkehrssicherungsmaßnahmen bei der Volksschule mit Schutzwegbeleuchtung und Errichtung eines Schutzweges

Der Herr Bürgermeister berichtet, dass zur Verbesserung der Verkehrssicherheit vor der Volksschule folgende Maßnahmen durchgeführt werden: Verlegung und ausreichende Beleuchtung des Schutzweges sowie Absicherung durch Geländer, Errichtung einer Parkfläche für den gesamten Schul- und Kindergartenbereich westlich des Kindergartens und Aufschließung durch einen Gehweg. Weiter soll in nächster Zeit zur Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit ortseinwärts ein Fahrbahnteiler errichtet werden. Die Kosten werden auf € 131.000,00 geschätzt, einen Teil davon trägt die Landesstraßenverwaltung, auch Landesmittel wurden beantragt. Die Ausführungen werden anhand einer Overheadfolie erläutert.

Der Herr Bürgermeister beantragt, die mit der Verkehrsabteilung der Bezirkshauptmannschaft Eferding sowie der Straßenmeisterei Eferding festgelegten Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit vor der Volksschule durchzuführen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

3. Beratung Gemeindezentrum

Der Herr Bürgermeister berichtet, dass zu Beginn des Jahres in der Gemeinde eine Unterschriftenaktion gemacht wurde, in der gefordert wurde, das beschlossene Projekt des Gemeindezentrums zu überdenken. Die Aktion wurde von 172 Personen unterstützt. Der Gemeindevorstand hat die Angelegenheit beraten und beschlossen, eine Informationsveranstaltung über das Gemeindezentrum zu veranstalten. Die Informationsveranstaltung wurde am 26. 2. 2002 abgehalten und war sehr gut besucht. Es ist wichtig, dass die Infrastruktur in der Gemeinde verbessert und erneuert wird, insbesondere die Gemeindeamtsräume und die Ausstattung ist erneuerungsbedürftig, so soll die EDV-Anlage GIS-fähig und durch eine strukturierte Verkabelung auf heutigen Standard gebracht werden. Ein zukunftsorientiertes Projekt soll verwirklicht werden. Er hat den Eindruck, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung mit dem beschlossenen Projekt einverstanden ist. Sein Ziel sei es, möglichst rasch mit der Umsetzung des Projektes zu beginnen. Er verweist darauf, dass er bei der Informationsveranstaltung der Bevölkerung vorgeschlagen hat, zu den Außenanlagen bis Ende Juni 2002 Vorschläge bei der Gemeinde einzubringen; dazu soll ein Lageplan in der Gemeindezeitung veröffentlicht werden. Bauausschuss und Gemeinderat werden diese Vorschläge in ihre Beratungen einbeziehen.

Herr Franz Baumgartner stellt fest, dass die Unterschriftenaktion nicht gegen die Errichtung eines Gemeindezentrums war, sondern gegen die Dimension des beschlossenen Projektes. Die Unterschriftenaktion wurden nicht gestartet, weil dem einen oder anderen das Projekt nicht gefallen hat, sondern weil viele kritische Meinungen geäußert wurden. Er bringt den Text der Unterschriftenaktion zur Kenntnis, der beinhaltet, folgende Punkte bei der Planung des Gemeindezentrums zu überdenken und auf deren Grundlage dieses neu zu planen: Ortsplatzgestaltung, Notwendigkeit eines großen Saales (Auslastung), Finanzierung der laufenden Erhaltungskosten und Parkplatzsituation im Zentrum. Er bemerkt, dass 172 Personen die Aktion unterstützten. Die Aktion wurde frühzeitig abgebrochen, weil massive Anfeindungen da waren, obwohl der Text der Unterschriftenaktion bewusst sachlich formuliert wurde und persönliche Angriffe nie vorgesehen waren. Er findet es traurig, dass man in St. Marienkirchen die Meinung nicht sagen kann, ohne

angefeindet zu werden. Er verweist auf eine Besprechung zum Gemeindezentrum mit den Vereinsobmännern, wobei Herr Männer gesagt hat, er frage sich, ob der Saal ausreichend genützt wird; und Herr Gessl geäußert hat, dass ein zusätzliches Gasthaus im Ort zu den bestehenden sicher nicht sinnvoll sei. Er hat bei dieser Besprechung den Herrn Bürgermeister gefragt, wer die Betriebskosten des Veranstaltungsbereiches bezahlt und dieser habe geantwortet, dass diese nach dem Verursacherprinzip zu tragen sind und somit auf die Gemeinde keine Belastungen aus dem Betrieb kommen.

Zu den Punkten der Unterschriftenaktion führt er aus:

Herr Baumgartner vertritt die Meinung, ein derart großes Bauvorhaben nur unter Berücksichtigung der umliegenden Gegebenheiten zu errichten; es bestünde die Chance, ein schönes offenes Ortszentrum zu bekommen. Bei der Realisierung des beschlossenen Projektes wird zuerst ein großer Bau im Zentrum errichtet und dann schaut man, was noch zu gestalten bleibt. Er verweist durch die Bekanntgabe verschiedener Maße auf die Größe und Höhe des Gemeindezentrums und bemerkt, dass Herr DI Deinhammer bei der Informationsveranstaltung behauptet habe, das Gemeindezentrum werde nicht höher als das alte Zehetnerhofgebäude, dies stimme offensichtlich nicht – entweder weiß es Herr DI Deinhammer nicht besser oder er hat bewusst die Unwahrheit gesagt.

Zu den laufenden Erhaltungskosten führt er als Beispiel den Veranstaltungssaal Aschach an, den schon der Herr Bürgermeister bei der Informationsveranstaltung als Vergleich heranzog: Aschach hat ca. 2.300 Einwohner, der Saal wurde 1991 errichtet und hat 250 bis 300 Sitzplätze – der im beschlossenen Gemeindezentrum vorgesehene Saal weist ca. 450 Sitzplätze auf. An laufenden Erhaltungs- und Betriebskosten fallen in Aschach jährlich an: S 55.000,00 Heizkosten, S 34.000,00 Stromkosten, S 14.000,00 bis 20.000,00 Instandhaltung, weiters noch Kosten für Versicherungen, Reinigung, Serviceleistungen. Das Veranstaltungszentrum Aschach besteht seit 10 Jahren und der Gastrobereich ist bereits renovierungsbedürftig, wobei seit zwei Jahren kein Wirt mehr drinnen ist. Zur Größe des Veranstaltungssaales bemerkt er, dass seiner Meinung nach größere Veranstaltungen nicht stattfanden, weil zu wenig Platz war sondern weil zu wenig Publikumsinteresse da war – er verweist auf das Herbstkonzert des Musikvereines, bei dem der Pfarrsaal nicht voll war. Für drei bis vier Großveranstaltungen jährlich erscheint es ihm zu viel Geld, das für einen so großen Saal mehr auszugeben ist.

Zur Parkplatzsituation bemerkt er, dass mehrere Parkflächen im Umkreis vorhanden sind, die Bevölkerung jedoch älter wird und weitere Wege von Parkflächen zum Zentrum diesen beschwerlich werden. Er verweist auf die Situation beim Informationsabend: die vorhandenen Parkflächen im Zentrum waren ausgelastet.

Zur Informationsveranstaltung zum Gemeindezentrum am vergangenen Dienstag fragt er sich, ob dazu ein Konfliktbewältiger erforderlich war, da dabei Konflikte nicht bewältigt wurden; Herr DDr. Retzl hat vielmehr gesagt, es gäbe keine Konflikte und es sollen nur Wünsche zum Gemeindezentrum geäußert werden.

Herr Baumgartner fragt, ob für das Vorhaben Gemeindezentrum seitens des Amtes der Oö. Landesregierung die Genehmigung gem. § 86 Oö. Gemeindeordnung oder ein vorzeitiger Baubeginn schon erteilt worden ist, da ansonsten noch keine Ausschreibungen durchgeführt und keine Aufträge vergeben werden dürfen.

Der Herr Bürgermeister bemerkt, dass von Herrn Baumgartner jetzt viele Sachen angesprochen wurden, vieles wurde bereits im Gemeinderat diskutiert und nach ausführlicher Debatte wurde das Projekt im Gemeinderat mit großer Mehrheit beschlossen. Mehrheiten sind in einer Demokratie zu respektieren.

Er bringt vor, dass er wegen der Unterstützung der Unterschriftenaktion niemanden anfeinde. Er bemerkt, dass er während der Unterschriftenaktion viel angerufen wurde und mit sehr vielen Unwahrheiten bei der Aktion vorgegangen wurde: z.B. dass der vordere Ortsparkplatz als Parkplatz nicht mehr vorhanden sei und ähnliches. Tatsächlich werde der vordere Ortsparkplatz größer, ob damit mehr Parkflächen geschaffen werden, ist Sache der Außengestaltung. Er stellt fest, dass es wenige Gemeinden gibt, die so viele Parkplätze im Zentrum haben wie St. Marienkirchen. Er verweist auf ein Ortsgestaltungsseminar, bei dem geraten wurde, mehrere kleinere Parkflächen großen Parkflächen vorzuziehen, da dies für den Ort schöner und für die Anrainer nicht so störend ist. Er zählt folgende Parkflächen, die für das Ortszentrum in Frage kommen auf: Freibadparkplatz, Parkplatz neben Hattinger, Parkflächen, die im Zuge der Außengestaltung

geschaffen werden, zusätzliche Parkflächen beim Kindergarten und bei den Holzmanngründen; zudem ist zu überlegen, was mit dem Areal, auf dem das derzeitige Gemeindeamtsgebäude steht, zu geschehen hat. Er verweist auf die Situation bei Veranstaltungen im Vereinshaus Linz, für das keine gesonderten Parkflächen vorhanden sind. Es soll nicht alles mit Parkflächen zugespflastert werden. Ein Veranstaltungssaal soll im Zentrum sein, dass möglichst viele, die im Zentrum wohnen, zu Fuß zu den Veranstaltungen kommen können.

Zur Größe des Saales und der anderen Räume verweist er auf das Raumerfordernisprogramm, das auch vom Amt der Oö. Landesregierung geprüft wurde. Herr Landesrat Ackerl hat eine rasche Erteilung der Genehmigung gem. § 86 Oö. Gemeindeordnung zugesagt. Herr Ing. Pollhammer von der Abteilung Hochbau hat geraten auszuschreiben, um feststellen zu können, wo wir mit den Kosten liegen. Die bisher erfolgten Ausschreibungen für Baumeister-, Zimmermeister-, Dachdecker- und Spenglerarbeiten, für die Schätzkosten von ATS 25.300.000,00 angenommen wurden, erbrachten Angebote mit einer Gesamtsumme von ATS 17.114.000,00, wobei in dieser Summe die Zwischenwände noch nicht enthalten sind. Aus dieser Situation kann man im baulichen Bereich eine Kosteneinsparung von etwa ATS 5.000.000,00 annehmen.

Der Herr Bürgermeister bemerkt, dass man die Zeit nützen sollte und ein Projekt verwirklichen soll, wenn dafür die Zeit reif sei. Sein Ziel war, das Gemeindezentrum noch in dieser Funktionsperiode zu errichten; seit fünf Jahren werden dafür Bedarfszuweisungsmittel beantragt, jedoch durch die finanzielle Lage des Landes OÖ wurde bisher noch keine Genehmigung erteilt. Die Zeit ist reif für ein ordentliches Ortszentrum. Er ist der Meinung, dass der durch den Abriss des Zehetnerhofes entstandene freie Platz wieder bebaut werden soll.

Der Herr Bürgermeister stellt fest, dass in der Gemeindevorstandssitzung vereinbart wurde, bei der Informationsveranstaltung zum Gemeindezentrum einen externen Moderator einzusetzen, der über der Sache steht, er weist daher die Kritik über den Einsatz von DDr. Retzl zurück. Er ersucht um sachliche Zusammenarbeit.

Zur Situation in Aschach bemerkt er, dass die Heizkosten und Reinigung der Wirt bezahlt.

Zu den erfolgten Ausschreibungen teilt der Herr Bürgermeister mit, dass diese erfolgen sollen, wenn die Preise günstig sind und daher die Genehmigung nach § 86 nicht abgewartet wurde.

Der Herr Bürgermeister glaubt, dass die Notwendigkeit des beschlossenen Saales gegeben ist.

Herr Pilsner bemerkt, dass sich die SPÖ-Fraktion schon seit langem mit dem Projekt „Gemeindezentrum“ befasst und schon vor Jahren unter anderen Gesichtspunkten einen Vorschlag in Hofform veröffentlicht hat. Es bestehen Konzepte, den Tourismus voranzutreiben, gute Veranstaltungen zu machen und dergleichen mehr; die SPÖ-Fraktion wird daher zum gefassten Beschluss stehen. Er verweist darauf, dass er damals zufällig mit DDr. Retzl bei der Durchführung einer Gemeindebefragung zusammen gearbeitet hat. Er spricht sich für eine Bürgerbeteiligung aus und bemerkt, dass es nicht geschadet hätte, dies vor dem Entschluss für das Projekt zu bedenken. Zur Informationsveranstaltung stellt er fest, dass es eine gute Veranstaltung war und bis auf eine Situation der Moderator nicht notwendig gewesen wäre, diese eine Situation rechtfertigt dessen Einsatz.

Herr Pilsner äußert, dass es undenkbar ist, eine gute Veranstaltung ohne entsprechende Räumlichkeiten zu machen, das Publikum erwartet ein entsprechendes Umfeld und ist dieses nicht gegeben, bleibt es aus.

Er stellt fest, dass ein Veranstaltungssaal nicht kostendeckend geführt werden kann; würde eine kostendeckende Saalmiete von den Vereinen eingehoben, werden diese aus Kostengründen den Saal nicht benützen. Der Veranstaltungssaal ist als Service an den Vereinen zu sehen. Er begrüßt die vielfältigen Möglichkeiten des Gemeindezentrums und hofft, dass es ein Haus der Begegnung wird.

Zur Parkplatzsituation bemerkt er, dass er darin kein besonderes Problem sieht: Jene Personen, die die Kirche oder das Gemeindeamt besuchen, sollen im Ortskern einen Parkplatz vorfinden. Ihm gefällt das von DI Deinhammer entworfene Konzept der Außengestaltung nicht. Die hochwertigen Grundflächen im Ortskern sollen nicht mit Parkflächen zugespflastert werden. Bei Veranstaltungen ist es zumutbar, kurze Strecken vom Parkplatz zum Veranstaltungsort zu gehen; gebrechliche Besucher können bis zum Eingang gebracht und dann das Fahrzeug auf eine Parkfläche geparkt werden. Er findet die Errichtung kleinerer dezentraler Parkflächen für zweckmäßig.

Er stellt fest, dass es üblich sei, die Genehmigung gem. § 86 Oö. Gemeindeordnung abzuwarten, er jedoch die Vorgangsweise des Bürgermeisters zweckmäßig findet, da damit das Projekt rasch

abgewickelt werden kann. Er verweist auf die Zusage von Herrn Landesrat Ackerl über Bedarfszuweisungsmittel in Höhe von ATS 40.000.000,00. Er äußert seine Überzeugung, dass sich die Gemeinde das Gemeindezentrum leisten kann. Es soll sich jeder darin wohl fühlen. Die SPÖ-Fraktion steht daher zu diesem Projekt.

Herr Männer nimmt Stellung zu seiner Aussage bei der Besprechung vom 3. 5. 2001, der Veranstaltungssaal erscheine ihm zu groß: Er bemerkt, dass er sich mittlerweile verschiedene Veranstaltungssäle angesehen hat, insbesondere jenen in Hartkirchen. Er hat Veranstaltungen in Hartkirchen besucht. In Hartkirchen ist es gelungen, Leute zu motivieren, die gewusst haben, dass ein entsprechender Veranstaltungsraum verfügbar ist, sehr gute Veranstaltungen zu organisieren. Dies ist jedoch nur möglich, wenn auch wirklich ein passender Saal zu Verfügung steht. Er verweist auf das Veranstaltungszentrum Manglbürg, in dem seit dem guten Funktionieren der Gastronomie zahlreiche Veranstaltungen erfolgreich abgeführt werden und in dem in letzter Zeit von jungen Leuten für junge Leute gut besuchte Veranstaltungen angeboten werden. Auf Grund dieser Erfahrungen und Informationen ist er zur Überzeugung gekommen, dass der Saal für St. Marienkirchen nicht zu groß ist. Er wird sich nicht rechnen, aber er stellt einen wichtigen Anteil der Infrastruktur dar.

Herr Prehofer bemerkt, dass die Angelegenheit in der ÖVP-Fraktion diskutiert wurde und diese zum seinerzeit gefassten Beschluss im Gemeinderat stehe.

Der Herr Bürgermeister verweist hinsichtlich der Kostendeckung des Veranstaltungsbereiches auf seine Aussage in der Gemeinderatssitzung am 5. 7. 2001, dass der Betriebsabgang jährlich ATS 200.000,00 nicht ausmachen werde und es außerdem Sache des Gemeinderates ist, die Höhe des Entgeltes für die Saalbenützung festzulegen.

Zur Außenanlage stellt er fest, dass vorerst nur ein Erstentwurf vorliegt und noch Gestaltungsmöglichkeit gegeben ist.

Zum Veranstaltungssaal in Hartkirchen hält er fest, dass die Errichtung seinerzeit sehr umstritten war, sich heute jedoch alle über diesen Saal freuen.

Herr Leopoldsberger schließt sich den Ausführungen des Bürgermeisters an; die Aussagen des Herrn Baumgartner erinnern ihn an ein Lied von Dr. Kurt Ostbahn: „Oa Schriat firi und zwoa Schriat zruck“

Herr Gessl nimmt Stellung zu seiner Aussage in der Besprechung im Mai 2001: Seine Meinung habe sich inzwischen gewandelt – er befürchtet, dass von den derzeit vorhandenen Wirten im Ort in den nächsten fünf Jahren nur mehr einer übrig bleibt. Er will nicht, dass St. Marienkirchen in die Situation anderer Gemeinden kommt, die keinen Wirt mehr im Ort haben. Das eindeutige Mehrheitsverhältnis bei Beschluss des Gemeindezentrums ist zur Kenntnis zu nehmen. Auch ihm gefällt der freie Platz neben der Kirche, es wird ihm aber das neue Gemeindezentrum auch gefallen, da etwas Neues immer gefällt.

Herr Franz Baumgartner bemerkt zur Aussage des Bürgermeisters betreffend die Heiz- und Reinigungskosten des Veranstaltungszentrums Aschach, dass seit zwei Jahren kein Wirt mehr da ist, der diese Kosten trägt. Zum Veranstaltungssaal Hartkirchen verweist er darauf, dass Hartkirchen über 4.000 Einwohner hat.

Der Herr Bürgermeister sagt, dass Hartkirchen nur ca. 3.600 Einwohner hat.

Herr Franz Baumgartner stellt fest: Politiker machen Gesetze und die Politiker halten sie nicht ein; aber wenn der Bürger diese nicht einhielte, hätte das Konsequenzen.

Der Herr Bürgermeister nimmt die Wortmeldungen von Herrn Baumgartner zur Kenntnis und bemerkt, dass dieser gerne kritisiert, wie auch die letzten Sitzungen gezeigt haben. Er glaubt, man müsse zu einer Entscheidung kommen. Da die Fraktionen des Gemeinderates zum Beschluss vom 5. 7. 2001, der mit einer Mehrheit von 24 : 1 Stimme gefasst wurde, stehen, ist dieser zur

Kenntnis zu nehmen. Er schlägt vor, das Projekt rasch zu realisieren. Er ist überzeugt, dass es nach Fertigstellung allen gefallen wird.

Frau Sabine Rathmayr fragt nach der weiteren Vorgangsweise.

Der Herr Bürgermeister berichtet, dass am 12. 3. 2002 ein Gespräch mit Herrn Landeshauptmann Dr. Pühringer vorgesehen ist und er hofft, dass bald ein vom Land Oberösterreich genehmigter und für die Gemeinde akzeptabler Finanzierungsplan und damit die Genehmigung nach § 86 Oö. Gemeindeordnung vorliegt; dann wird mit dem Bau begonnen. Die Vorleistungen wurden im Gemeindevorstand und im Gemeinderat beschlossen. Die Verkabelung zur Stromversorgung ist im Zuge des Kanalbaues aus Gründen der Zweckmäßigkeit und Kosteneinsparung bereits erfolgt. Zum Vorwurf des Gesetzesbruches bemerkt er, dass er seit vier Jahren seine Vorgangsweise mit der Gemeindeabteilung abstimmt.

4. Vergabe Kassenkredit

Der Herr Bürgermeister berichtet, dass der Kassenkredit lt. § 83 Oö. Gemeindeordnung in der Sitzung des Gemeinderates am 13. 12. 2001 mit EUR 300.000,00 festgesetzt wurde und in der Folge von folgenden Bankinstituten Angebote eingeholt wurden: P.S.K., Raiffeisenbank St. Marienkirchen an der Polsenz und Sparkasse Eferding-Peuerbach-Waizenkirchen. Die P.S.K. hat das günstigste Angebot eingebracht.

Der Herr Bürgermeister beantragt, den Kassenkredit lt. § 83 Oö. Gemeindeordnung an die P.S.K. zu vergeben.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

5. Kanalbau BA 10 – Ableitungskanal Polsenz: Auftragsvergabe

Der Herr Bürgermeister berichtet, dass die Kanalbauarbeiten für den Ableitungskanal Polsenz – Kanalbau BA 10 – öffentlich ausgeschrieben wurden, die Anboteröffnung erfolgte am 25. 1. 2002. Nach Prüfung der abgegebenen Angebote durch das Planungsbüro Dr. Flögl wird von diesem vorgeschlagen, der Fa. Held & Francke BauGmbH, Linz, mit einer Anbotsumme von € 349.309,21 zuzügl. MWSt. den Zuschlag zu erteilen. Die Angebote werden noch einer Prüfung durch das Amt der Oö. Landesregierung unterzogen.

Herr Gessl äußert sich verwundert über die großen Preisdifferenzen bei den Angeboten.

Der Herr Bürgermeister beantragt, vorbehaltlich der Zustimmung des Amtes der Oö. Landesregierung die Fa. Held & Francke, Linz, mit den Kanalbauarbeiten zum Ableitungskanal Polsenz – Kanalbau BA 10 – zu beauftragen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

6. Grundsatzbeschluss Sanierung „Waidgasse“

Der Herr Bürgermeister berichtet, dass die Waidgasse – Grundstück Nr. 1068 KG St. Marienkirchen an der Polsenz – auf Grund des weitgehend mangelhaften Unterbaues starke Fahrbahnschäden aufweist. Auf einem Teilabschnitt wurde im Vorjahr ein Abwasserkanal verlegt und dabei auch festgestellt, dass der Fahrbahnunterbau den heutigen Erfordernissen bei weitem nicht entspricht. Der Straßenkoffer ist zu erneuern und mit einer Asphaltdecke zu versehen. Die Sanierungskosten werden auf ca. EUR 51.000,00 (S 700.000,00) geschätzt. Im Zuge dieser Arbeiten ist eventuell auch die Wasserleitung zu erneuern, der Zustand der Leitung soll beim Austausch eines defekten Wasserschlebers in der Daxbergstraße geprüft werden.

Der Herr Bürgermeister beantragt, einen Grundsatzbeschluss zur Sanierung der Waidgasse zu fassen.

Herr Ing. Angster schlägt vor, den unteren Teil der Waidgasse in die Ortsgestaltung einzubeziehen und als verkehrsberuhigte Zone nicht einfach zuzuasphaltieren.

Herr Pilsner unterstützt diese Idee und regt an, mit dem Eigentümer des Hauses Westerberg 2 hinsichtlich der Einbindung in die Gestaltung der Waidgasse Gespräche zu führen.

Der Antrag des Herrn Bürgermeisters wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

7. Geschäftsordnung für Kollegialorgane der Gemeinde

Der Herr Bürgermeister berichtet, dass durch die ab 1. Jänner 2002 gültige Novellierung der Oö. Gemeindeordnung 1990 sich wesentliche gesetzliche Änderungen ergeben haben, durch die eine Anpassung der derzeit gültigen Geschäftsordnung erforderlich ist. Auf Grund der umfangreichen Änderungen ist es zweckmäßig, eine neue Geschäftsordnung zu beschließen. Eine entsprechend den neuen gesetzlichen Bestimmungen adaptierte Mustergeschäftsordnung wurde vom Oö. Gemeindebund aufgelegt.

Der Herr Bürgermeister beantragt, entsprechend § 66 der Oö. Gemeindeordnung 1990 idgF für die Geschäftsführung des Gemeinderates und seiner Ausschüsse mit Ausnahme des Prüfungsausschusses sowie für den Gemeindevorstand die vorliegende Geschäftsordnung (Mustergeschäftsordnung der Oö. Gemeindebundes, Schriftenreihe 39/2002) zu beschließen und ab Rechtskraft dieser Geschäftsordnung die bisher geltende Geschäftsordnung außer Kraft zu setzen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

8. Verordnung Güterweg Polsenz (Gattungsumwidmung)

Der Herr Bürgermeister berichtet, dass die Zufahrt zu den Liegenschaften Polsenz 9, 11 und 12 als Güterweg ausgebaut werden soll. Sie weist derzeit keine besondere Widmung auf und gilt daher als Gemeindestraße.

Der Herr Bürgermeister beantragt, die vorliegende Verordnung zur Umreihung der Zufahrt zu den Liegenschaften Polsenz Nr. 9, 11 und 12 von Gemeindestraße in Güterweg zu beschließen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

9. Verkauf Baugrundstück Nr. 92/12 KG St. Marienkirchen an Johann Peko

Von der Tagesordnung abgesetzt.

10. Pachtvertrag Hintersteininger

Der Herr Bürgermeister berichtet, dass der Pachtvertrag zwischen der Gemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz als Verpächterin und Herrn Gerhard Hintersteininger als Pächter der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche der Grundstücke 1133/1 und 1133/20 KG St. Marienkirchen an der Polsenz mit 31. 12. 2001 ausgelaufen ist. Durch den im Zuge der Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit vor der Volksschule erforderlichen Bau von Parkflächen wird

sich diese Fläche auf etwa 5.200 m² reduzieren. Dies wird anhand einer Overheadfolie erläutert. Aliquot wird der Pachtzins auf jährlich EUR 38,00 reduziert. Der Herr Bürgermeister bringt den Pachtvertrag zur Kenntnis.

Der Herr Bürgermeister beantragt, den vorliegenden Pachtvertrag zwischen der Gemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz als Verpächterin und Herrn Gerhard Hintersteiner als Pächter der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche der Grundstücke 1133/1 und 1133/20 KG St. Marienkirchen an der Polsenz zu beschließen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

11. Beschluss Bebauungsplan Nr. 25 „Raab“ **Beschluss Bebauungsplan Nr. 26 „Kaltenböck“**

Der Herr Bürgermeister erläutert anhand einer Overheadfolie den Bebauungsplan Nr. 25 und ersucht Amtsleiter Baumgartner, die eingegangenen Stellungnahmen vorzutragen.

Amtsleiter Baumgartner verliest die zum Bebauungsplan Nr. 25 eingegangenen Stellungnahmen.

Herr Hermüller fragt nach der Zugangsmöglichkeit zum im Flächenwidmungsplan vorgesehenen Gehweg entlang der Polsenz.

Nach Einschau in den Flächenwidmungsplan wird festgestellt, dass diese über die Grünzone neben der Polsenz vom Güterweg Unterfreundorf aus vorgesehen ist.

Der Herr Bürgermeister beantragt, den Bebauungsplan Nr. 25 „Raab“ mit folgender geringfügigen Abänderung zu beschließen: Die nördliche Grundgrenze der Bauflächen 1, 2 und 3 hat entlang der Widmungsgrenze zu verlaufen und im Textteil hat unter 9) der vorletzte Satz zu lauten: „Bei Objektgründung ist der Untergrund von einem Bodenmechaniker zu beurteilen und auf diese Beurteilung die statischen Bedürfnisse abzustimmen.“ Bei der Baufläche 6 ist der erforderliche Sichtwinkel bei der Einmündung der Siedlungsstraße in die bestehende Gemeindestraße „Klause“ freizuhalten.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Der Herr Bürgermeister erläutert anhand einer Overheadfolie den Bebauungsplan Nr. 26 und ersucht Amtsleiter Baumgartner, die eingegangenen Stellungnahmen vorzutragen.

Amtsleiter Baumgartner verliest die zum Bebauungsplan Nr. 26 eingegangenen Stellungnahmen.

Der Herr Bürgermeister beantragt, den Bebauungsplan Nr. 26 „Kaltenböck“ mit folgender geringfügigen Abänderung zu beschließen: Die Hauptfirstrichtung ist schichtenlinienparallel festzulegen. Der Textteil unter 5) ist wie folgt zu ergänzen: Bis zu einem Drittel der schichtenlinienparallelen Gebäudelängsseite können Gebäudeteile als Widerkehr mit der Firstlinie in Falllinienrichtung ausgeführt werden, deren Firstlinie ist in maximal zwei Drittel Höhe des Hauptdaches in die Dachfläche einzubinden. Unter 9) hat der vorletzte Satz zu lauten: „Bei Objektgründung ist der Untergrund von einem Bodenmechaniker zu beurteilen und auf diese Beurteilung die statischen Bedürfnisse abzustimmen.“

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

12. Bestellung Kassenführer

Der Herr Bürgermeister berichtet, dass durch die Karenzierung der Kassenführerin sowie durch organisatorische Umstellungen im Gemeindeamt durch die Aufnahme einer Vertragsbediensteten die Funktionen „Kassenführer“ und „Kassenführerstellvertreter“ neu bestellt werden sollen.

Der Herr Bürgermeister beantragt, als Kassensführer Frau Doris Demelmayr und als Kassensführerstellvertreter Frau Andrea Mayr zu bestellen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

13. Allfälliges

- Der Herr Bürgermeister verweist darauf, dass der Sitzungsplan über die Sitzungen des Gemeinderates im Jahr 2002 an die Mitglieder des Gemeinderates zugestellt wurde.
- Der Herr Bürgermeister berichtet, dass für den Straßenbau 2002 aus dem Ressort des Landeshauptmannstellvertreter Franz Hiesl EUR 55.000,00 zugesagt wurden.
- Der Herr Bürgermeister berichtet, dass beim Brunnenbau Höllerberg durch Feinsand Probleme auftreten; eine Behebung ist derzeit nicht möglich, da die Bohrstelle wegen der Bodenverhältnisse nicht angefahren werden kann.
- Der Herr Bürgermeister berichtet, dass in der Jännersitzung des Leader-Plus-Vorstandes zwei Projekte aus St. Marienkirchen beschlossen wurden: Projekt des Obst- und Gartenbauvereines und das Nahversorgungsprojekt, weiters das Direktvermarktungsprojekt, bei dem St. Marienkirchen auch beteiligt ist.
- Herr Pilsner informiert, dass für den Bezirk Eferding ein neues Verkehrskonzept ÖV (öffentlicher Verkehr) erarbeitet wird. Dazu gab es eine Fragebogenaktion, deren Rücklauf in St. Marienkirchen relativ schwach war. Es werden Vorschläge ausgearbeitet und präsentiert. Er schlägt vor, bei Vorliegen des Konzeptes dieses im Gemeindevorstand und Gemeinderat zu diskutieren. Es bestehen Überlegungen, den öffentlichen Verkehr mehr auszubauen, auch Richtung Bad Schallerbach und Grieskirchen. Auch die Bürger sollen bei der Erstellung des Konzeptes eingebunden werden.
- Herr Pilsner fragt nach dem Stand des Streitfalles Weißenböck/öffentliches Gut. Der Herr Bürgermeister teilt mit, dass es in diesem Fall viele Anrufe und Interventionen von verschiedensten Stellen gibt. Die Verfahren – sowohl das nach dem Oö. Straßengesetz als auch die Gerichtsverfahren sind abgeschlossen und die darin getroffenen Entscheidungen sind rechtskräftig und vollziehbar. Am 5. 2. 2002 fand eine Begehung statt, bei der versucht wurde, einvernehmlich die Grundgrenze entlang des Grundstückes Weißenböck und öffentlichem Gut festzulegen, eine Zusage von Frau Weißenböck dazu liegt noch nicht vor. Herr Gessl verwehrt sich gegen eine Wegverbreiterung Richtung Grundstück Lehner. Herr Bürgermeister Ing. Dopler hält fest, dass in diesem Bereich keine koordinativ vermessenen Grundgrenzen vorliegen; der Zaun steht zum Teil auf öffentlichem Gut. Er bemerkt, dass eine einvernehmliche Lösung angestrebt wird. Herr Pilsner äußert, dass die Interessen des öffentlichen Gutes zu wahren sind, eine einvernehmliche Lösung zielführend wäre. Herr Gessl appelliert auf Einigkeit im Gemeinderat in dieser Angelegenheit und auf ein Einstellen der Interventionen. Der Herr Bürgermeister betont, dass er eine einvernehmliche Lösung unter Beiziehung des Rechtsanwaltes anstrebt, die für alle Beteiligten sowie für die Wegbenützer annehmbar ist; die Angelegenheit dauert bereits mehrere Jahre.
- Herr Franz Baumgartner verweist auf die SPÖ-Aussendung „Ortspost“ und fragt Herrn Pilsner, worin Kritikpunkte hinsichtlich der Gemeindebediensteten bestehen. Herr Pilsner antwortet, dass Bürger zu ihm kommen und Kritik äußern. Er erwarte sich, wenn man auf das Gemeindeamt geht, dass man eine korrekte und sehr umfangreiche Auskunft bekommt.

- Herr Starzinger fragt die SPÖ-Fraktion, wie weit ein Standortvorschlag für eine Hackschnitzelheizanlage erarbeitet wurde.
Herr Pilsner antwortet, dass er in dieser Angelegenheit mit Herrn Hubert Greinöcker ein Gespräch geführt hat, dieser ihm mitteilte, dass eine Standortsuche keinen Sinn mehr habe, da eine Bioheizanlage nicht mehr errichtet wird. Die SPÖ-Fraktion ist jedoch bereit, in der Angelegenheit Vorschläge einzubringen und sie im Gemeinderat zu diskutieren.
Herr Starzinger befürchtet, dass bei jedem vorgeschlagenen Standort für eine Bioheizanlage Anliegerproteste eingehen werden.
Herr Pilsner bemerkt, dass seine Fraktion zu einer im Gemeinderat ausdiskutierten Entscheidung stehe.

- Herr Hermüller fragt an, was auf Grund seiner Anfrage betreffend mangelnde Verkehrssicherheit bei der Bushaltesstelle Unterfreundorf geschehen sei.
Der Herr Bürgermeister teilt mit, dass die Sachverständigen noch keinen Lokalaugenschein durchgeführt haben, dies soll in nächster Zeit geschehen.

Zur Tagesordnung wird nichts mehr vorgebracht.

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 13. Dezember 2001 wurden keine Einwendungen erhoben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende um 21.15 Uhr die Sitzung.